

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Ernst Waltemathe MdB erinnert an Anne Frank, die vor vierzig Jahren Opfer des Hitler-Terrors wurde: Die Zeit der Verfolgung nicht vergessen.

Seite 1

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages, setzt sich mit dem jüngsten Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung auseinander: Wende zum Schaden der Nord-Süd-Beziehungen.

Seite 3

Erwin Horn MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, würdigt den scheidenden Wehrbeauftragten: Dank an Karl-Wilhelm Berkhan.

Seite 5

Peter von Oertzen, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, zieht Schlußfolgerungen aus den Wahlergebnissen vom Sonntag: Politische Landschaft hat sich verändert.

Seite 7

40. Jahrgang / 50

13. März 1985

Eine Erinnerung an die Zeit der Verfolgung

Vor 40 Jahren kam Anne Frank in Bergen-Belsen ums Leben

Von Ernst Waltemathe MdB

Vor 40 Jahren wurde Anne Frank Opfer der Hitler-Barbarei. Anne Frank, jenes jüdische Mädchen aus Amsterdam, das 1942 mit ihrer Familie untergetaucht war und im August 1944 nach Bergen-Belsen verschleppt wurde, nannte ihr Tagebuch Kitty. Kitty war die Freundin, der sie ihre Gedanken anvertraute und die preisgibt, in welcher unvorstellbarer Bedrückung, Hoffnung, Sorge, Freude, Niedergeschlagenheit, Zuversicht, Friedenssehnsucht, Menschen versucht haben, der Verfolgung, Folter, Tötung des verbrecherischen Hitler-Regimes zu entkommen. Als das Tagebuch der Anne Frank erschien, wurde angezweifelt, ob ein Kind in ihrem Alter die Gedanken hat niederschreiben können, die das Tagebuch zu einem wichtigen Dokument machen.

Ich selbst bin als Angehöriger einer jüdischen Familie in Amsterdam gewesen. Wir waren nicht untergetaucht, meine Mutter hatte die Razzien dadurch überstanden, daß sie für die Kinder eines "arischen" deutschen Vaters zu sorgen habe. Im übrigen aber ist unsere Verwandtschaft nicht entkommen, und schon als siebenjähriger kannte ich die Namen Dachau, Bergen-Belsen, Theresienstadt, Auschwitz und viele andere mehr. Ich wußte um ihre Bedeutung, habe mitbekommen, wie gleichaltrige Kinder, die "Volljuden" waren, 1942 aus unserer Straße mit ihren Familien aus den Wohnungen geholt wurden, so wie auch mein Großvater aus unserer Wohnung verschleppt wurde und in Auschwitz umkam.

Anne Frank war noch einige Jahre älter. Was sie im Tagebuch festgehalten hat über Geschehnisse in Amsterdam, über Gerüchte und Tatsachen habe ich selbst mitbekommen. In Bergen-Belsen kam im März 1945 der Bruder meiner Mutter um, so wie auch Anne Frank sechs Wochen vor Befreiung des Lagers dort den Tod fand. Bergen-Belsen war kein Vernichtungslager, es war ein Lager für "Auslandsjuden", aber an Brutalität steht der Begriff Bergen-Belsen für die menschenverachtende Grausamkeit, für Folter, Hunger, Typhus,



tausendfaches Verrecken. Die Schwester meiner Mutter, eine bekannte niederländische graphische Künstlerin war 1942 selbst untergetaucht. Das Versteck, ein Bauernhof, wurde im Juni 1943 von der Gestapo entdeckt. Meine Tante brachte sich selbst durch Gift um, damit sie dem fälligen Auschwitz-Transport entgehe.

In meinem Besitz befindet sich ein Fetzen Papier, Schreibmaschinenbeschrieben: Es ist ein Gedicht des niederländischen jüdischen Dichters und Schriftstellers, Joseph Gompers, das er im KZ Bergen-Belsen zum Gedenken an meine Tante am 1. Mai 1944 verfaßt hat und das von einem überlebenden Mitgefangenen aufbewahrt wurde. Der Dichter selbst hat die bevorstehende Befreiung von Bergen-Belsen im April 1945 nicht mehr überlebt: Er kam auf dem Transport nach Theresienstadt ums Leben. Sein Gedicht drückt aus, was die in hoffnungs- und trostloser Gefangenschaft leidenden Menschen an Hoffnungen und Zuversicht empfunden haben mögen und was auch Anne Frank an Gedanken während der Zeit gehabt haben mag, als sie nicht mehr in der Lage war, Tagebuch zu führen. Meine Übersetzung aus dem Niederländischen lautet:

Der rote Maidorn blüht

Der rote Maidorn nun im Garten blüht...
Wir werden wohl nicht seine Blüten können schauen.
Doch wenn man auch vieler Arbeit in Schutt und Asche sieht:
Wir wissen, daß wir schon bald wieder werden bauen!

Der rote Maidorn blüht! Symbol von Kraft,
Denn was gerade noch tot schien, es kam erneut zu Leben.
Und im Geiste sehen wir seine Blütenpracht,
Die auch in Verbannung uns Trost kann geben.

Der rote Maidorn blüht! In den Herzen vieler
Erwacht die stille Hoffnung auf bess're Zeiten.
Eine Hoffnung, die jeder Bedrückung trotzt
Und vereint mit uns, die jetzt so leiden.

Der rote Maidorn blüht. Im eigenen Land
Kommt heute wieder zusammen die Histadruth,
Mit ihr verbindet uns stets ein starkes Band,
Durch ihr Jauchzen klingt jetzt unser stiller Mut.

Der rote Maidorn blüht wie in allen Jahren,
Denn die Natur weiß nichts von des Menschen Streit.
Er blüht zum Trost für alle Proletaren
und kündet: Bald ist wieder Gerechtigkeit!

Das ist das Vermächtnis von jenen vielen Einzelnen; Erwachsenen und Kindern, Frauen und Männern, Reichen und Armen, die wie Anne Frank deshalb ums Leben kamen, weil eine verblendete Ideologie von Herrenmenschen und überlegenen Rassen zu Massenvernichtung, Massenmord und staatlich organisiertem Terror geführt hat. Das Vermächtnis der Opfer bedeutet, daß nicht vergessen werden darf, was geschehen ist, damit verhindert wird, daß es noch einmal geschieht. Anne Frank ist ein Symbol dafür, daß es nicht die große anonyme Zahl von Opfern ist, die uns erschüttern muß, sondern daß es sich in jedem einzelnen Falle um ein Menschenleben handelte, das einer sinnlosen Mordmaschinerie zum Opfer fiel.

Ich selbst kann mich an das Kriegsende 1945 nur als einen befreienden Tatbestand erinnern, nicht an eine Niederlage, sondern an die Hoffnung, daß nie wieder passieren wird, was bis dahin in deutschem Namen geschah, daß niemand sich der Geschichte seines Volkes entziehen kann, daß aber jeder aufgerufen ist, zu einer menschlichen, gerechten Welt ohne Verfolgung und ohne staatlichen Mord seinen Beitrag zu leisten.

(-/13.3.1985/rs/ks)

+ + +

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Wende zum Schaden des Nord-Süd-Ausgleichs

Feststellungen zum sechsten entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Die von der CDU/CSU und der FDP getragene Bundesregierung hat in der Nord-Süd-Politik einen negativen Kurswechsel vollzogen, und zwar von einer auf Solidarität und Interessenausgleich angelegten Politik zu einer auf eigene Vorteile und Positionsgewinne in der Systemauseinandersetzung bedachten Politik. Heute wird die Dritte-Welt-Politik viel stärker als in der Vergangenheit politisch und wirtschaftlich konditioniert.

Dieser Kurswechsel kann auf den zwei wichtigsten Ebenen der Nord-Süd-Politik nachgewiesen werden: Auf der Ebene der "öffentlichen", also aus Steuermitteln finanzierten Entwicklungspolitik, deren Projekte hauptsächlich über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) abgewickelt werden, und auf der Ebene der Nord-Süd-Beziehungen, für deren Mitgestaltung vor allem das Auswärtige Amt sowie das Wirtschafts- und das Finanzministerium zuständig sind.

Der konservative Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, funktionierte die Entwicklungspolitik wie keiner seiner Vorgänger der sozial-liberalen Koalition in eine Hilfe für die bundesdeutsche Exportwirtschaft um ("Beschäftigungswirksamkeit") und stellt sie in den Dienst ordnungspolitischer Vorstellungen ("Förderung marktwirtschaftlicher Elemente"). Er sieht das gesamte Hilfsprogramm zudem aus der Perspektive der politischen und strategischen Interessen der westlichen Allianz und mißt dem Gleichklang mit den USA hohe Bedeutung bei, was besonders bei der entwicklungspolitischen Blockade gegenüber Nicaragua augenfällig wird.

Dies bedeutet nicht nur eine Wende weg von wesentlichen Elementen der Entwicklungspolitik der sozial-liberalen Koalition, sondern auch eine Abkehr von den entwicklungspolitischen Grundsätzen, die der Deutsche Bundestag in den Beschlüssen vom 5. März 1982 sowie vom 19. Januar und 18. Oktober 1984 nahezu einmütig festgelegt hat. Danach hat vorrangiges Ziel der Entwicklungspolitik die Bekämpfung der absoluten Armut bei aktiver Beteiligung der betroffenen Bevölkerung am Entwicklungsprozeß zu sein. Statt dessen wird in einigen asiatischen Ländern die Einführung des kostenaufwendigen digitalen Fernsprechsysteins gefördert.

Ein besonders düsteres Kapitel ist die von der Bundesregierung stark favorisierte Mischfinanzierung. Vor dem Wirtschaftsrat der Union wies Minister Warnke am 4. März - sich lobend - darauf hin, daß die Bundesregierung das Volumen der Mischfinanzierung von rund 440 Millionen DM im Jahre 1982 auf knapp zwei Milliarden DM im Jahre 1984 habe steigern können; auch im Jahre 1985 sollen Mischfinanzierungskredite in überdurchschnittlicher Größenordnung vergeben werden. Dieses Instrument, dessen Einsatz der Bundestag gefordert hatte, wird von der Bundesregierung mittlerweile so mißbräuchlich verwendet, daß daran nicht nur die Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag, sondern auch Abgeordnete der Regierungsfractionen und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Paris Kritik übten. Bei meinem Besuch letzte Woche in Washington erfuhr ich, daß sogar die amerikanische Regierung die Mischfinanzierung für kein geeignetes Mittel der Entwicklungshilfe hält. Die USA hätten in den letzten vier Jahren nur drei Projekte und diese nur in Ägypten mit Mischfinanzierung durchgeführt.



Der Mißbrauch der knappen öffentlichen Entwicklungshilfemittel als Exportsubventionen mindert die Qualität der deutschen Entwicklungshilfe, verteuert wegen der Beschränkung auf deutsche Unternehmen die Entwicklungsprojekte, macht das Eintreten der Bundesrepublik für ein offenes, marktwirtschaftliches Welthandelssystem unglaublich und führt letztlich, wie das vom Bund und dem Land Berlin gegründete Deutsche Institut für Entwicklungspolitik dem Minister vorrechnete, nicht zu mehr, sondern zu weniger Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik.

Was die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die die Entwicklungsländer häufig benachteiligen, angeht, so verfolgt die Bundesregierung eine rigide, den Status quo konservierende Politik. Die "globalen Verhandlungen", von den Vereinten Nationen seit 1979 als wichtiges Element zum Ausgleich der Interessen zwischen Nord und Süd zu den Themen Rohstoffe, Energie, Handel, Entwicklung sowie Währung und Finanzen gefordert, werden von der Bundesregierung hintertrieben. Ihr geht es auf dem internationalen Feld um die konsequente Durchsetzung egoistischer Interessen. So weigerte sich die Bundesregierung gegen die Stimme des Bundesaußenministers, die im Dialog zwischen Ost, West und Süd ausgehandelte UNO-Seerechtskonvention zu zeichnen. Beim internationalen Währungsfonds, der gegenüber Entwicklungsländern häufig einen finanzpolitischen Kolonialismus betreibt, blockt sie dringend notwendige Reformen ab.

Die Bundesregierung hat auch in der Entwicklungspolitik ihr Versprechen eingehalten, eine Wende herbeizuführen. Leider schadet diese Wende den richtig verstandenen Interessen der Bundesrepublik Deutschland, nämlich eine Politik zu sein, die sich als Beitrag zu einem fairen Nord-Süd-Ausgleich versteht. (-/13.3.1985/rs/ks)

+ + +



Dank an Karl-Wilhelm Berkhan

Die Sozialdemokraten erhielten von dem scheidenden Wehrbeauftragten wertvolle Ratschläge und Anregungen

Von Erwin Horn MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Fragen des Militärs und der Sicherheitspolitik begleiteten Karl-Wilhelm Berkhan un-freiwillig oder als bewußte Entscheidung fast sein ganzes Leben lang. 1939 wird er zum Arbeitsdienst eingezogen, anschließend ist er Soldat bis 1945. Als Kriegsteilnehmer kam er mit der Einstellung nach Hause, die fast alle Soldaten bewegte, nämlich sie hatten die Schnauze voll.

Die Begegnung mit Fritz Erler und in noch viel stärkerem Maße mit Helmut Schmidt, mit dem er seit über 30 Jahren persönlich freundschaftlich verbunden ist, überzeugten den anfänglich skeptischen jungen Mann der Nachkriegsgeneration, daß die Bundesrepublik Deutschland ihren Anteil zur Sicherung des Friedens und der Freiheit auch in Form eines militärischen Beitrages leisten müsse.

So war es auch konsequent, daß Karl-Wilhelm Berkhan nach vier Jahren der parlamentari-schen Einübung in der Hamburger Bürgerschaft 1957 im Deutschen Bundestag Mitglied des Verteidigungsausschusses wurde. Die damaligen politischen Auseinandersetzungen zwei Jahre vor dem Godesberger Grundsatzprogramm erinnern in mancher Hinsicht an gegenwärtige Diskussionen in der Partei. Der Sozialdemokrat Karl-Wilhelm Berkhan macht es sich - genau wie seine Partei nicht leicht in den Fragen eines deutschen Beitrages im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses. Vorbehaltslose und kritiklose Zustimmung war ihm genauso fremd wie naive Ablehnung eines deutschen Verteidigungsbeitrages. Die Erinne-rungen der Vergangenheit und der Mißbrauch militärischer Macht waren an Karl-Wilhelm Berkhan wie an der deutschen Sozialdemokratie nicht spurlos vorbeigegangen.

Und da war noch ein anderes, Karl-Wilhelm Berkhan war ähnlich wie der hanseatische Preuße Helmut Schmidt im besten Sinne des Wortes ein Patriot. Was heute bei vielen in Vergessenheit geraten ist, aber eine entscheidende Motivation für die deutsche Sozial-demokratie in ihrem anfänglichen Widerstand zur einseitigen Westbindung in einem militärischen Bündnisblock war, verdient noch eine sorgsame Analyse und Würdigung. Karl-Wilhelm Berkhan rang mit der deutschen Sozialdemokratie zu dieser Zeit um die Einheit Deutschlands, ihr galt übrigens auch der Deutschlandplan seiner Partei von 1958.

So war es nur konsequent, daß Karl-Wilhelm Berkhan mit seinen Freunden den Weg für das Godesberger Programm und die eindeutige Entscheidung der SPD zur NATO vollzog, als nach ihrer Einsicht, die Chance für ein wiedervereinigtes Deutschland auf absehbare Zeit nicht mehr bestand.

Von März 1967 bis zum Oktober 1969 war Karl-Wilhelm Berkhan Vorsitzender des Ar-beitskreises Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion. Als Helmut Schmidt 1969 Verteidigungsminister in der sozial-liberalen Koalition wurde, folgte ihm Berkhan als Parlamentarischer Staatssekretär und wurde zu einem hervorragenden Sachkenner aller Probleme der Bundeswehr, respektiert vom Parlament und auch von Spitzenmilitärs, ob-wohl die Bescheidenheit Berkhans der landläufigen Vorstellung von einer Autoritäts-person im Wege stehen mag. Als ein Mann mit praktischem Verstand ausgerüstet, besitzt er Autorität, die er sich durch Sachkompetenz, Gradlinigkeit und eine aus dem Herzen kommende Menschlichkeit erworben hat.

Diese Eigenschaften prädestinierten ihn geradezu, 1975 das Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu übernehmen. Er war, wie eine der SPD nicht gerade freund-lich gesonnene Zeitung, damals zu Recht schrieb: keine Ersatzlösung, sondern ein Voll-treffer.



Ihm kam bei der Amtsführung zugute, daß er sowohl über langjährige parlamentarische Erfahrung als auch über detaillierte Sachkenntnisse der politischen Leitung des Verteidigungsministeriums verfügte. Er ist der erste Wehrbeauftragte, der zehn Jahre sein Amt versehen hat und dem Amt ein besonderes Gepräge verlieh. Es ist wesentlich sein Verdienst, daß über zentrale Bereiche seiner Tätigkeit heute nicht mehr in der Bundeswehr gestritten wird.

Die Innere Führung und der Grundsatz vom Staatsbürger in Uniform haben durch die Tätigkeit von Karl-Wilhelm Berkhan eine tiefe Verwurzelung in der Bundeswehr erfahren. Die Bundeswehr steht nicht abseits, sie steht nicht außerhalb unserer Gesellschaft, sondern sie ist integrierter Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie reflektiert selbst Stärken, aber auch Schwächen unseres Systems, und dies genau zeichnet die Bundeswehr auch aus im Vergleich zu all ihren Vorgängerinnen in der deutschen Geschichte.

Aber Karl-Wilhelm Berkhan ging es nicht nur um höhere Prinzipien, um Grundsätze. Für ihn stand im Mittelpunkt seines Denkens und Handelns der einzelne Mensch: der Soldat, ob es im Manöver war, bei einer offiziellen Besichtigung oder beim Skatabend.

Dieser Mann strömte Vertrauen aus, und so konnten sich ihm unsere Soldaten auch anvertrauen. Vater der Soldaten wurde er genannt. Das war keine altväterliche Rolle, sondern daraus sprach seine Unmittelbarkeit, sein persönliches Verhältnis zu den Soldaten, auch zu den jüngsten. Keine Sorge der Soldaten war ihm zu gering, von Laufbahnsorgen bis zu den Unterhosen hat er sich einer jeden Eingabe sorgsam und verantwortungsbewußt angenommen.

Angesprochen von einem Mitglied des Verteidigungsausschusses, warum er sich mit solcher Hartnäckigkeit für moderne und schicke Unterhosen der Wehrpflichtigen einsetze, erzählt Karl-Wilhelm Berkhan folgende Begebenheit: Auf einem meiner letzten Truppenbesuche nahm mich ein Gefreiter beiseite und führte mir diese alten unmöglichen Unterhosen vor, die ihm von der Bundeswehr zur Verfügung gestellt wurden. Herr Berkhan, sagte er zu mir ganz vertrauensselig: Glauben Sie wirklich, daß ich mich mit solchen Instrumenten vor meinem Mädchen ausziehen könnte?

"Achten Sie die Würde und die Eigenständigkeit", mahnt er die Vorgesetzten. "Fördern Sie die Mündigkeit Ihrer Untergebenen, begegnen Sie ihnen als Kameraden mit Anerkennung, Rücksicht und Toleranz - nicht mit jener schädigen Toleranz ..., die den anderen nur hinnimmt, weil er ja nicht viel bedeutet. Begegnen Sie ihm mit jener noblen und schwierigen Toleranz, die den anderen in seinem Anderssein nicht nur anerkennt, sondern will. Die ihn deshalb in seinem Anderssein will, weil man weiß, daß auf Gottes Harfe viele Saiten sind und daß nur alle zusammen den vollen Akkord des Menschenseins zum Tönen bringen".

Den Untergebenen aber rät er: "Seien Sie auch in den Streitkräften keine Untertanen, sondern mündige Bürger. Das Prinzip von Befehl und Gehorsam steht der Mündigkeit und dem Mitbestimmenwollen nicht entgegen. Es gibt genügend Freiräume, wo auch in den Streitkräften Teilhabe und Mitun gefordert sind. Lassen Sie sich nicht sofort entmutigen, wenn einmal Ihr Vorschlag abgelehnt oder Ihr Beitrag verworfen wird. Werden Sie nicht konfliktscheu, denn Diskussion und Austragen von Konflikten gehören zur Demokratie. Sie haben nicht wie meine Generation als Soldaten einem Führer bedingungslosen Gehorsam geschworen, sondern Sie haben gelobt, Ihrem Land treu zu dienen und einen freiheitlichen sozialen, demokratischen Rechtsstaat zu verteidigen, der wiederum Ihre Rechte als Bürger schützt. Dafür lohnt es sich, auch weiterhin einzutreten."

Unser Dank gilt dem Sozialdemokraten, vor allem dem Freund Karl-Wilhelm Berkhan, der in einem schwierigen Regierungs- und Parlamentsamt auch immer den menschlichen Kontakt zu seinen alten Freunden aufrecht erhalten hat.

Besonders die Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen verdankt Willi Berkhan wertvolle Ratschläge und Anregungen für ihre politische Tätigkeit. (-/13.3.1985/rs/ks)

+ + +



Die politische Landschaft hat sich verändert

Thesen zu den Wahlen vom 10. März 1985

Von Peter von Oertzen

Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Die drei Wahlen am Sonntag sind ungefähr so ausgefallen, wie viele es vermutet haben: Eine Niederlage der SPD in Berlin; sehr erfreuliche Ergebnisse bei den Kommunalwahlen in Hessen (trotz des knappen Wallmann-Erfolges in Frankfurt): und - über Erwarten klar - der erhoffte Sieg im Saarland. Unter diesen Umständen liegt es nahe, zu sagen: Berlin ist ein Sonderfall (und zählt bei den Bundestagswahlen ohnedies nicht mit); Hessen und das Saarland hingegen zeigen, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Jedoch: So ermutigend ein großer Teil der Wahlergebnisse vom 10. März auch ist, zu Selbstzufriedenheit ist kein Grund. Neben den erhofften und erwarteten Resultaten haben sie auch überraschende Tendenzen gezeigt, die uns die künftige Arbeit nicht leichter machen werden. Je eher wir sie in Rechnung stellen, desto besser. Und hierzu einige Thesen:

Die Befürchtungen vieler gestandener Sozialdemokraten, zuviel Umweltschutz und zuviel Pazifismus könnten unsere Arbeitnehmer-Stammwähler vergraulen, sind an der Saar schlagend widerlegt worden. Wenn eine entschiedene Friedenspolitik und wenn die Verbindung von Ökonomie und Ökologie so selbstbewußt und so ohne jede Anbiederung an die Grünen vertreten werden wie dort, dann gewinnt die Partei nach allen Seiten. Dennoch: Ohne weiteres ist das saarländische Beispiel nicht übertragbar. Die Saar-SPD hat ihre organisatorische und politische Schlagkraft in vielen Jahren zielbewußter Arbeit entwickelt (eine Arbeit, die übrigens lange vor Oskar Lafontaine begonnen wurde): kaum irgendwo sonst ist die CDU so blaß und sind die Grünen so schwach; und schließlich: Der Typus Oskar Lafontaine in seiner singulären Mischung von rhetorischer Brillanz und Volksverbundenheit. Von politischem Profil und Sachkompetenz läßt sich nicht überall einfach nachbacken.

Auch in Hessen haben sich manche Berührungängste zwischen Rot und Grün in nichts aufgelöst. Das "rot-grüne Chaos" scheint nicht mehr sehr viele Wähler erschreckt zu haben. Im Gegenteil. Die Haltung der Partei gegenüber den Grünen: kooperationsbereit, aber fest in der Sache, hat Zustimmung gefunden. Der Wiedergewinn der absoluten Mehrheit in Kassel trotz (oder wegen?) der Zusammenarbeit mit den Grünen - die übrigens ebenfalls noch zugelegt haben - ist ein Beispiel dafür.

Trotz dieser Erfolge: Für einen Wahlsieg 1987 würden sie nicht ausreichen. Wenn wir zum Beispiel im Saarland die Zahlen von 1985 mit den Bundestagswahlen von 1983 vergleichen, dann haben CDU und FDP an der Saar zusammen 3,5 Prozent verloren, die Grünen haben 2,3 Prozent verloren und die SPD hat 5,4 gewonnen. Wenn wir diese Verschiebungen auf das Bundesergebnis von 1983 umrechnen, dann ergeben sich immer noch mehr als 52 Prozent für CDU und FDP, 43,6 Prozent für die SPD, und die Grünen blieben unter fünf Prozent. Resultat: Eine satte Mandatsmehrheit für die Firma Kohl und Bangemann. Die ähnliche Rechnung für Hessen (mit aller Vorsicht bei einem Vergleich von Kommunal- und Bundestagswahlen) brächte gleichfalls noch eine, wenn auch knappere CDU-FDP-Mehrheit sowie den Wiedereinzug der Grünen in den Bundestag.

Für fast alle Beobachter völlig überraschend und von entscheidender Bedeutung für die Zukunft war jedoch das Abschneiden der FDP in Berlin und an der Saar. Ganz unabhängig von Wunsch und Willen der CDU haben bürgerliche Wähler und Wählerinitiativen der FDP über die Fünf-Prozent-Hürde geholfen. Und das wird sich nach menschlichem Ermessen in Zukunft wiederholen. Die Illusion, ohne Stimmenmehrheit die Mandatsmehrheit zu errin-



gen, indem wir die FDP unter die Fünf-Prozent-Grenze drücken, ist geplatzt. Wir haben das Klassenbewußtsein des bürgerlichen Mittelstandes unterschätzt; diese Wähler wissen, was sie an der "Wende"-Regierung haben; und sie werden dafür sorgen, daß in Zukunft keine Stimme für die bürgerliche Koalition mehr verlorengeht.

Das hat Konsequenzen für Nordrhein-Westfalen in zwei Monaten und für Niedersachsen im nächsten Jahr. Die SPD darf nicht mehr wie selbstverständlich mit dem Verschwinden der FDP rechnen. Ein Vier-Parteien-Parlament ist in beiden Ländern nicht auszuschließen. Um führende Kraft zu bleiben beziehungsweise wieder zu werden, muß die SPD daher die CDU schlagen oder zumindest mit ihr gleichziehen. Nur dann erhält sie jene Handlungsfreiheit, die es ihr gestatten würde, die Bedingungen möglicher Zusammenarbeit mit anderen Parteien zu bestimmen.

So wünschenswert ein Wahlergebnis wie das an der Saar auch sein mag, nicht überall wird es sich erreichen lassen. Die Grün/Alternativen sind Konkurrenten und politische Gegner der SPD. Wir haben keinen Grund, ihnen etwas zu schenken und schon gar nicht, uns bei ihnen anzubiedern. Nur - wer sie zum Hauptfeind hochstilisiert und sie um jeden Preis unter die Fünf-Prozent-Marke prügeln möchte, der sollte überlegen, ob er damit nicht einer CDU-FDP-Mehrheit den Weg bereitet. (Nicht überall ist Saarland, und Oskar Lafontaine läßt sich - wie gesagt - nicht leicht kopieren.)

Solange die Grün/Alternativen freilich so bleiben, wie sie derzeit sind, blockieren sie selber jeden realen Schritt auf dem Weg zu ihren eigenen Zielen. Auch ihnen könnte der 10. März zu denken geben. Das Saarland war für sie eine Katastrophe; Berlin und manche hessische Kommune haben zumindest enttäuscht (zum Beispiel Frankfurt). Der starke Mann des grünen Bundesvorstandes, Rainer Trampert, hat mit Recht festgestellt, daß es voraussichtlich keinen weiteren automatischen Aufstieg der Grün/Alternativen geben werde. Wenn er freilich meinen sollte, die Zukunft der Grün/Alternativen läge im Kampf gegen die SPD, wird er sich täuschen. Die Wähler werden ihm darin nicht folgen (vorausgesetzt die SPD macht nicht erneut die alten Fehler). Die Frankfurter fundamentalistische "Römer-Grüne" Jutta Dittfurth meinte in der Wahlnacht, das Ergebnis habe jenen grünen Kräften Unrecht gegeben, die sich anderen Parteien angepaßt hätten. Ob sie damit ihre Kasseler Freunde gemeint hat? Diese haben nämlich mit 8,5 Prozent besser abgeschnitten - trotz rot-grüner Zusammenarbeit - als ihre eigene fundamentalistisch durchwirkte Frankfurter Partei (die sich weit mehr erhofft hatte als die acht Prozent, die sie bekommen hat). Auf den notwendigen inneren Klärungsprozeß bei den Grünen/Alternativen können wir Sozialdemokraten freilich nur indirekt Einfluß nehmen. Durch sachliche, auf Argumente (nicht auf üble Nachrede) gestützte Auseinandersetzung sowie - vor allem - durch ein klares sozialdemokratisches Programm und eine konsequente vertrauenswürdige sozialdemokratische Politik.

Damit sind wir beim Kern: Die politische Landschaft hat sich verändert. Die Anhänger der "Wende"-Politik, die Verfechter einer Zwei-Drittel-Gesellschaft haben sich endgültig formiert, und sie haben immer noch die Mehrheit. Tricks, Rechenkunststücke und Koalitionsspielereien helfen da nicht mehr weiter. Wir Sozialdemokraten müssen eine Mehrheit, eine klare Mehrheit der Wähler von der Richtigkeit und Notwendigkeit unserer Politik überzeugen. Diese Mehrheit, dieses neue Reformbündnis muß sowohl die jetzigen grün/alternativen Wähler als auch zumindest vier bis fünf Prozent jetzt CDU- und FDP-Wähler umfassen. Das geht nur auf der Grundlage einer Politik, die Rüstungswahn und Umweltzerstörung, soziale Ungerechtigkeit und Arbeitslosigkeit von Grund auf in ihren Ursachen bekämpft. Und der Schwerpunkt dieses Kampfes wird dort liegen, wo - wie der alte Marx einmal gesagt hat - "die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft zu suchen" ist, in den ökonomisch begründeten gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Den Weg zu einer solchen Politik zu finden, wird in den kommenden Jahren die Hauptaufgabe für uns sein.

(-/13.3.1985/rs/ks)

+ + +

